

Die Regierung Stresemann (13. August – 23. November 1923)

1. Politische, ökonomische und gesellschaftliche Ausgangslage

Bereits kurz nach der Festlegung der endgültigen Reparationsleistungen durch die alliierte Kontrollkommission geriet Deutschland in Zahlungsverzug. Um zumindest die Erbringung von Sachleistungen sicherzustellen, besetzten im Frühjahr 1923 französische und belgische Soldaten das Ruhrgebiet. Viel schwerer als der nationale Aufschrei darüber, gefolgt von separatistischen Bewegungen in den besetzten Gebieten, wog für die junge Republik der beträchtliche Ausfall von Produktion und Steuereinnahmen aus dem wichtigsten deutschen Industriegebiet. Daher rief die Regierung Cuno die Bevölkerung zum „passiven Widerstand“ in Form von Generalstreiks und Gehorsamsverweigerung auf. In der Tat konnten Teile der Verwaltung lahm gelegt werden. Der Staat übernahm die Lohnzahlung für 2 Mio. Arbeiter. Der gesamtwirtschaftliche Schaden der Ruhrbesetzung belief sich auf 4 bis 5 Mrd. Goldmark. Die Finanzierung des passiven Widerstandes stellte jedoch eine erhebliche Belastung für den Haushalt dar. Die Regierung versuchte durch das Drucken von Geld diesen dennoch ausgeglichen zu halten. Da dieses Geld aber nicht durch entsprechende Gegenwerte in Form von Waren gedeckt war, löste dies eine Inflation aus, die in kurzer Zeit astronomische Ausmaße annahm.

2. Regierungszeit

In dieser angespannten Lage übernahm der national-liberale Politiker Gustav Stresemann (DVP) am 13. August 1923 als Reichskanzler die Regierungsgeschäfte einer Großen Koalition (SPD, Zentrum, DDP, DVP). Er brach umgehend den insgesamt wenig wirksamen, aber umso kostspieligeren passiven Widerstand ab. Dies stärkte rechtsnationale Strömungen, die empört von Verrat sprachen. In Bayern nutzten antirepublikanische, reaktionäre Kräfte den Abbruch gar als Rechtfertigung für das Einsetzen einer diktatorischen Landesregierung, die nur durch Eingreifen der Bundesgewalten gestürzt wurde. Unterdessen verschärfte sich die Inflation immer schneller und wuchs schließlich zu einer ungeahnten Hyperinflation an. Der Wert der Mark sank ins Bodenlose: Bereits im September kostete 1 US-Dollar knapp 100 Mio. Mark, einen Monat später schon 25,9 Mrd. Mark, im November schließlich unvorstellbare 4,2 Billionen Mark. Die deutsche Wirtschaft brach zusammen. Noch drastischer waren die Auswirkungen bei Waren für die Grundversorgung der Bevölkerung: Kostete 1kg Brot bereits zu Beginn der Regierungszeit Stresemanns 69.000 Mark, vervielfachte sich der Preis bis zum Dezember auf 399 Billionen Mark. Republikfeindliche Organisationen – allen voran die KPD, deren alternatives Modell des Kommunismus Inflationen nicht kannte – erhielten immer mehr Zulauf.

Stresemann reagierte mit der Einführung der Rentenmark, die im Verhältnis 1 :1 Billion zur Goldmark getauscht wurde. Das beendete die Inflation schlagartig (die Brotpreise sanken auf 30pf) und schuf die Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung und die Neuverhandlung der Reparationen. Doch die Währungsreform kannte nicht nur gute Seiten: Kleine Sparer, Renten- und Lohnabhängige, also die Mehrheit der Bevölkerung, verloren von heute auf morgen ihr gesamtes Vermögen, während bereits Wohlhabende – Sachwertbesitzer oder Industrielle, also gesellschaftliche Minderheiten – ihr Vermögen noch vergrößern und Schuldner sich auf einfache Art mit wertlosem Geld ihrer Schulden entledigen konnten. Ein Großteil des Mittelstandes verarmte.

Die Regierung Stresemanns scheiterte schließlich endgültig an der Vertrauensfrage im Reichstag, nachdem sie bereits vorher umgebildet wurde. Ein wichtiger Punkt war unter anderem die Ungleichbehandlung der Länder Thüringen, Sachsen und Bayern. Sie bestand damit rund 3 ½ Monate. Stresemann selbst verblieb als Außenminister in mehreren folgenden Regierungen. In dieser Funktion sorgte er für den Ausgleich mit dem Westen, wofür er 1926 den Friedensnobelpreis erhielt.